

Italien (Seiten 219 – 230)

01) Aus rechter Sicht: Analyse der italienischen Kommunalwahlen vom 3. und 4. Oktober

Von Daniele Scalea

06. 10. 2021



Bildquelle: Centro Machiavelli

Nachdem wir uns die Daten der Kommunalwahlen vom 3. und 4. Oktober verschafft haben, können wir zur Analyse der Stimmabgabe übergehen, wobei wir sie wie üblich aus rechter Sicht betrachten. Zunächst stellen wir uns die Frage, ob dies, wie viele Kommentatoren behaupten, eine Niederlage für die souveränistische und kritische Linie des *Grünen Passes* war. Zweitens werden wir uns die Leistung der Kandidaten für die Bürgerschaftswahlen ansehen. Drittens werden wir uns mit der Dichotomie zwischen dem Zentrum und der Peripherie befassen und damit, wo die Rechte stehen sollte. Abschließend werden wir uns mit der Wahl außerhalb der Großstädte befassen.

Eine Niederlage des Souveränismus?

Man kann kaum eine Wahl erleben, sei es in Italien oder im Ausland, auf nationaler oder lokaler Ebene, ohne dass Fernsehkommentatoren erklären, dass dies eine Niederlage für den Souveränismus ist. Der Eifer, mit dem sie sein Begräbnis feiern wollen, bestätigt, wie sehr das *Establishment* Souveränismus und den Nationalpopulismus im Allgemeinen fürchtet. Deshalb antworten wir laut und deutlich: *Nein, der Souveränismus ist auch dieses Mal nicht tot*. Es handelte sich um Kommunalwahlen, bei denen, ehrlich gesagt, nur wenige Wähler mit dem Gedanken ins Wahllokal gingen, ob ihre Stimme dazu beitragen wird, Italien mehr oder weniger souverän zu machen: Es geht um andere, irdischere Themen. Außerdem hat keiner der von den Medien als „Souveränisten“ bezeichneten Kandidaten (vor allem Michetti, aber auch Bernardo) im Wahlkampf auch nur das geringste souveränistische Argument vorgebracht.

Wenn überhaupt, dann sollte man von einer „Meinungswahl“ sprechen, d. h. einer Wahl, die sich an Werten und am „kämpferischen“ Geist orientiert und bei der man auf jeder Ebene für die Partei oder die Person stimmt, die am ehesten seine ideelle Orientierung verkörpert. Sie ist umso schwerer, je größer die Wahlenthaltung ist, die bei dieser Gelegenheit sehr

hoch war. Die Linke hat also davon profitiert, dass sie über eine breitere „militante“ Basis von Menschen verfügt, die sich entschieden links fühlen und bereit sind, dies bei jeder Wahl zu zeigen. Die Rechte hat eine weniger zahlreiche und weniger willige Basis, vor allem, weil sie sich nie für den „[Kampf der Ideen](#)“ interessiert hat, mit dem ein solcher harter Kern von Anhängern geschaffen wird. Uninspirierte Ergebnisse wie die vom Montag sollten zum Nachdenken darüber anregen, wie unklug es ist, sich nicht in der kulturellen und metapolitischen Arena zu engagieren.

Haben die „No Green Pass“-Befürworter verloren?

Die andere *Aussage* ist folgende: Der Konsens für Mitte-Rechts wäre durch bestimmte Positionen, die die so genannten „no vax“- oder „no Green Pass“-Forderungen unterstützen, übertönt worden. Ich bezweifle sehr, dass sich dies negativ auf die Lega oder die Fratelli d'Italia ausgewirkt hat, die beiden Parteien, die am meisten Widerstand gegen den Autoritarismus der Regierung geleistet haben. Wenn überhaupt, dann würde ich das Gegenteil glauben.

Einerseits ist es richtig, dass zumindest laut Umfragen eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung für den *Grünen Pass* ist. Andererseits muss man abwägen, dass nicht alle Wählerinnen und Wähler ihre Wahlentscheidung von *einem* Thema abhängig machen. Ich glaube, dass ein kleiner Teil der Befürworter des Impfpasses ihn für so unverzichtbar hält, dass sie mit dem Gedanken wählen, dass ihre Wahl dazu dient, ihn aufrechtzuerhalten oder noch repressiver zu machen. Die meisten glauben, dass „der Grüne Pass in Ordnung ist, schließlich bin ich geimpft, also stört es mich nicht“. Es gibt nur wenige, die verzweifelt einen Pass brauchen, um zu Hause auf die Toilette zu gehen. Und diese wenigen haben wahrscheinlich schon vorher für die Demokratische Partei (PD) gestimmt. Im Gegenteil, die Gegner des *Grünen Passes* sind in der Minderheit, aber da sie ihn als eine sehr schwerwiegende Einschränkung der persönlichen Freiheit betrachten, stellen fast alle von ihnen ihn an die Spitze ihrer Sorgen: Jede ihrer Stimmen oder Handlungen wird vom Kampf gegen den Impfpass motiviert sein.

Deshalb glaube ich zwar, dass die Mehrheit für den *Grünen Pass* ist, aber ich denke, dass mehr Menschen aus Ablehnung wählen (oder nicht wählen), als dass sie ihn unterstützen. Die positive oder zumindest zweideutige Haltung eines großen Teils der rechten Mitte gegenüber dem *Grünen Pass* mag daher zu der Enthaltung beigetragen haben, die die Linke begünstigte.

Wie haben die Bürgerinnen und Bürger abgeschnitten?

In Turin hat Paolo Damilano mit 38,9 % einen entscheidenden Schritt nach vorne gemacht, verglichen mit den 18,7 %, die die drei Mitte-Rechts-Kandidaten vor fünf Jahren zusammen hatten, und man muss bis 2001 zurückgehen (Rosso mit 44,44 %), um ein besseres Ergebnis in der piemontesischen Hauptstadt zu finden. Andererseits sind die 31,97 %, die Luca Bernardo in Mailand erreichte, weit von den 48,3 % entfernt, die Stefano Parisi 2018 erzielte, und stellen einen historischen Negativrekord für die rechte Mitte in der „Zweiten Republik“ dar. Dasselbe gilt (wenn man die Stimmen der verschiedenen Mitte-Rechts-Kandidaten für 1995 zusammenzählt) für Fabio Battistini in Bologna, der mit seinen 29,64 % nicht einmal in die Nähe der 45 % kommt, die Lucia Borgonzoni vor fünf Jahren erzielte. Dasselbe gilt für Catello Maresca in Neapel, wo sogar Alessandra Mussolini, die 1993 für die MSI kandidierte, 31 % erreichte: Der an die Politik verliehene Magistrat blieb mit 21,88 % deutlich darunter. In Rom hingegen erzielte Enrico Michetti ein Ergebnis (30,14 %), das in etwa dem von vor fünf Jahren entspricht, als die Summe der Stimmen von Meloni und

Marchini 31,62 % erreichte. Im Jahr 2013 hatte Alemanno als scheidender Bürgermeister 30 % der Stimmen erhalten (Marchini war damals ebenfalls Kandidat, allerdings mit einem „neutraleren“ Profil). In dem Jahr, in dem er das Capitol gewann, 2008, qualifizierte er sich mit 41 % für die Stichwahl, aber wir befanden uns noch in der bipolaren Ära.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die fünf bürgerlichen Kandidaten ein hervorragendes Ergebnis (Damilano in Turin), eine durchschnittliche Leistung (Michetti in Rom) und drei katastrophale negative Ergebnisse (Bernardo in Mailand, Battistini in Bologna, Maresca in Neapel) erzielt haben. Man kann in den [veränderten soziologischen Rahmenbedingungen](#), die die Großstädte zunehmend rechtsfeindlich machen, einen mildernden Umstand sehen, aber ein solcher vertikaler Einbruch ist weder zu rechtfertigen, noch entspricht er dem Konsens, der den Koalitionsparteien in den Umfragen zugeschrieben wird.

Das Profil des Civic

Der Verfasser hatte bereits ernste Zweifel an der jüngsten Mode, bürgerliche Kandidaten für die Städte vorzuschlagen. Das ist keine vorgefasste Feindseligkeit gegenüber denjenigen, die aus der Zivilgesellschaft kommen, ganz im Gegenteil: Ich bin davon überzeugt, dass die politische Rechte *viel mehr* auf den Teil des Landes hören sollte, der ihre Werte teilt und für sie stimmt. Das Centro Studi Machiavelli wurde gegründet, um diesen Dialog zu fördern. Der Mehrwert eines bürgerlichen Kandidaten liegt nämlich in seinen Fähigkeiten und Kenntnissen, die durch die Tatsache ausgeglichen werden, dass er nicht über das klassische „Stimmenreservoir“ der Politiker verfügt. Aus diesem Grund wäre ein bürgerlicher Kandidat vor allem auf einer blockierten Liste bei einer nationalen Wahl sinnvoll: Er oder sie wäre nicht von Präferenzen abhängig, sondern würde nach seiner Wahl einen echten Mehrwert bringen. Bei der Wahl eines Bürgermeisters ist das ganz anders. Der „Techniker“, wenn es um die Verwaltung einer Stadt geht, ist der Politiker. Die Aufgabe eines Politikers ist es, mit den Bürgern in Kontakt zu treten, ihre Wünsche aufzunehmen und sie in Verwaltungshandeln umzusetzen. Der Politiker ist der „Techniker“ der öffentlichen Angelegenheiten.

Der Bürgersinn darf also nicht zu einem Fetisch werden. Es reicht nicht aus, eine Person (fast) wahllos und in letzter Minute zu wählen und zu erwarten, dass die Wähler für sie stimmen, weil sie einen guten Lebenslauf hat. Ein hervorragender Arzt ist nicht unbedingt ein hervorragender Verwalter (die Römer erinnern sich gut an Ignazio Marino). Der Kandidat, auch wenn es sich um einen bürgerlichen Kandidaten handelt, muss charismatisch sein und den Wähler von seinen Fähigkeiten und Absichten überzeugen können. Wenn der Kandidat nicht bereits in der breiten Öffentlichkeit bekannt ist, muss er frühzeitig an die Öffentlichkeit gebracht werden, um eine Sichtbarkeit und Bekanntheit zu erlangen, die er nicht hat, und um sich mit der Politik und dem Wahlkampf vertraut zu machen. Damilanos hervorragendes Ergebnis in Turin lässt sich auch dadurch erklären, dass er seine Kandidatur vor weniger als einem Jahr angekündigt hat: Es hat Monate gedauert, bis er zum offiziellen Zugpferd der Mitte-Rechts-Bewegung wurde, aber in der Zwischenzeit hatte er bereits einen Alleingang gemacht. Carlo Calenda selbst kann in Rom ein hervorragendes Ergebnis vorweisen, denn er hat 20 % der Stimmen erhalten (mehr als der scheidende Bürgermeister). Calenda war bereits landesweit bekannt, aber er hat sich einen so breiten Konsens geschaffen, indem er seine Wahlkampagne ein Jahr vor dem Wahltag gestartet hat.

Schließlich ist noch Roberto Dipiazza zu erwähnen, der Bürgermeister von Triest (cdx), der mit einem großen Vorsprung vor seinem Herausforderer in die Stichwahl gehen wird.

Dipiazza ist ein Unternehmer, ein *Selfmademan*, der sich in den 1990er Jahren, mit Anfang dreißig, der Politik zuwandte. Zu seinem Cursus honorum gehören die Verwaltung der Gemeinde Muggia und drei Amtszeiten als Bürgermeister von Triest.

Moderate und das (historische) Zentrum: das Erfolgsrezept?

In Turin hat Damilano, der ein dezidiert „gemäßigtes“, wenn nicht gar „überparteiliches“ Profil hat – er ist Unternehmer aus einer bürgerlichen Familie, Sohn eines Partisanen und hatte mehrere Ämter in linken Stadträten inne -, den Mitte-Rechts-Parteien hervorragende Ergebnisse im Zentrum und im „schicken“ Wohnviertel Borgo Po beschert, dafür aber einen Rückgang der Sitze in den nördlichen und südlichen Vorstädten. Die verhängnisvolle „kurze Decke“?

Man fragt sich auch, ob das hervorragende Abschneiden Damilanos (auch wenn die Ergebnisse im Vergleich zu den Umfragen am Vorabend der Wahl enttäuschend sind) nicht eher von seinem persönlichen Charisma abhängt als von einem Profil, das auch den Linken gefallen kann (ein wertvolles Geschenk in einer Stadt, die seit fast 30 Jahren von Linken regiert wird). Man kann den Mailänder Kandidaten Luca Bernardo kaum als „Extremist“ oder „Souveränist“ bezeichnen. Mit Ausnahme des bekannten Verweises auf die Waffe (der mit einem Augenzwinkern auf den „Sicherheitswahn“ verweist und gewiss kein Thema ist, das der Rechten – und insbesondere der Liga – durch den Souveränismus aufgezwungen wurde), hat sich Bernardo in seinen Reden stets bemüht, sich als gemäßigt und fern jeder Ideologie zu präsentieren. Doch seine Niederlage in Mailand war katastrophal. Der geschätzte Kinderarzt hat es versäumt, sich als charismatische und glaubwürdige Persönlichkeit zu präsentieren.

Außerdem hat der wiedergewählte Bürgermeister Bernardo-Sala eine große Anzahl von Stimmen im Stadtzentrum erhalten und war besonders erfolgreich in wohlhabenden Vierteln wie Buenos Aires, Porta Genova, Washington und sogar Lorenteggio. Andererseits erhielt Bernardo mehr Stimmen in der Gemeinde 7, nämlich in Baggio und San Siro. Dies könnte das Narrativ nähren, dass die Rechte dort, wo sie in den Vororten Unterstützung findet, aber nicht in der Mitte, zwangsläufig verlieren wird. In Neapel und Bologna jedoch, wo die Niederlage der Mitte-Rechts-Kandidaten ein enormes Ausmaß hatte, schnitten sie in den zentralen oder Wohnbezirken (wie den Colli Bolognani) besser ab. (wie z. B. die Colli in Bologna) und nicht in den Vorstädten. Und dann ist da noch der Fall Rom zu berücksichtigen.

In Rom ist der Kandidat Enrico Michetti unter den bürgerlichen Kandidaten wahrscheinlich derjenige, der der Kategorie „Populist“ am nächsten kommt, wenn auch eher wegen seiner Umgangsformen, dem Spitznamen „Tribun“ und einer gewissen „klassischen“ Rhetorik als wegen eines präzisen programmatischen Vorschlags. Dennoch war Michettis Ergebnis bei weitem das beste: Er war der einzige der fünf bürgerlichen Kandidaten, der in der ersten Runde vorne lag. Er war der einzige der fünf Bürgerschaftsabgeordneten, der in der ersten Runde gewann. In der Hauptstadt haben die Gemeinden 1 (Centro Storico, Prati...) und 2 (Parioli, Triest...), die Gemeinden mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen, Gualtieri und Calenda ausgezeichnet; Michetti und Raggi erzielten die besten Ergebnisse in der Gemeinde 6 (Torrespaccata, Torre Maura...), der ärmsten der ganzen Stadt.

Die Gründe, sich wieder den Peripherien zuzuwenden

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es schwierig ist, aus dem Wahlergebnis in den Großstädten die Schlussfolgerung zu ziehen, dass die Rechte sich auf gemäßigte, vorzugsweise bürgerliche Kandidaten konzentrieren sollte, um die Innenstädte zu erobern.

In drei der fünf größten Städte war die Kommunistische Partei in den wohlhabenden Stadtvierteln am stärksten (Turin, Bologna, Neapel) und erzielte eine Stichwahl und einige vernichtende Niederlagen; in zwei dieser Städte erzielte die Kommunistische Partei die besten Ergebnisse in den Vorstädten (Mailand, Rom) und erzielte einen ersten Platz (der in der Stichwahl bestätigt werden muss) und eine vernichtende Niederlage. Nach Ansicht des Verfassers gibt es mindestens drei Gründe, die dafür sprechen, sich mehr auf die Vororte als auf die „oberen“ Bezirke zu konzentrieren:

1) Die Abstimmung mit den bevorzugten und garantierten Klassen – im Allgemeinen diejenigen, die in den besten Vierteln der Großstädte leben – wird zweifellos von der Linken, der Fraktion des Status quo und des *Establishments*, durchgeführt. Außerdem sind die Wohlhabenden logischerweise (*primum vivere deinde philosophari*) auch am ehesten bereit, „nach Meinung“ zu wählen, d.h. nach Leitwerten. Die wohlhabenden Klassen sind auch (zumindest in der weniger alten Komponente) die gebildetsten, und die gebildeten Klassen sind diejenigen, die am stärksten von der kulturellen Hegemonie betroffen sind; die kulturelle Hegemonie in den Händen der Linken, die damit ihre Leitwerte definiert. Für eine Rechte, die den Auswirkungen der globalisierten und finanzialisierten Ordnung sowie der progressiven Ideologie kritisch gegenübersteht, ist es ausgesprochen schwierig, Teile der Wählerschaft in den wohlhabenden und gebildeten Schichten zu gewinnen. Wird sich das Spiel lohnen?

2) Die Decke ist, wie oben erwähnt, oft kurz, und wenn man das Zentrum umwirbt, besteht die Gefahr, dass man die Peripherie entdeckt. Bei letzteren ist das Misstrauen gegenüber der Politik größer, sie gehen weniger zur Wahl und neigen eher zur Wahlenthaltung: Es bedarf starker Anreize, um sie zu mobilisieren. Aber der Preis ist köstlich: Man darf nicht vergessen, dass die ersten beiden Gemeinden Roms 340.000 Einwohner haben, die Hauptstadt aber insgesamt fast 3 Millionen. Natürlich befinden sich nicht alle übrigen in benachteiligten Vororten, aber dies soll einen Eindruck von dem geringeren zahlenmäßigen Potenzial der historischen Zentren und der „guten“ Viertel vermitteln – und Zahlen sind in einer Demokratie das Wichtigste. Das große Problem bei dieser zweitägigen Wahl ist, dass die Wahlbeteiligung so niedrig war wie nie zuvor. In den Vorstädten war die Wahlbeteiligung minimal. Es ist kein Zufall, dass Roberto Weber vom Institut „Ixé“ schätzt, dass das Verhältnis der Abstinenzler zwischen denen, die zum CDX und denen, die zum CSX tendieren, 4:1 beträgt. Was wirklich fehlte, war die Mobilisierung der Wähler in den Vierteln, in denen die Mittel- und Arbeiterklasse lebt.

3) Schließlich müssen wir immer das Gesamtbild betrachten, dessen Höhepunkt die Parlamentswahlen sind. Einerseits wird erwartet, dass die Vororte massenhaft rechts wählen, wenn es darum geht, das Parlament zu wählen; andererseits wird jedoch, wenn es um die Kommunalverwaltung geht, ein Kandidat bevorzugt, der eher in der Mitte angesiedelt ist. Die Wähler könnten die Ungereimtheit bemerken und sich daran stoßen. Das Risiko besteht darin, dass man, um bei einer Kommunalwahl (vielleicht) ein paar Prozentpunkte zu gewinnen, bei einer nationalen Wahl entscheidende Punkte verliert.

Wie ist es in der Provinz gelaufen

Es ist ganz natürlich, dass große Städte wie Mailand, Rom oder Neapel die Aufmerksamkeit auf sich ziehen, aber man sollte sich nicht blenden lassen und vergessen, dass nur 34 % der Italiener in Großstädten leben. Italien liegt weit über dem europäischen Durchschnitt, was das Gewicht der kleinen und mittleren Städte angeht. Zählt man die Einwohner der Provinzstädte, der Vororte und des ländlichen Raums hinzu, kommt man auf über 65 %.

Die Rechten haben in den Großstädten nicht gegläntzt, was aber angesichts der Verteilung der Wählerstimmen auf die sozialen Schichten des Landes vorhersehbar war. Sie wird jedoch in der einzigen in Frage kommenden Regionalhauptstadt, in der sie bereits regiert hat (Triest), bestätigt und hat in zwei der vier nicht von ihr regierten Hauptstädte Chancen auf eine Wiederwahl. In der einzigen Region, die auf dem Wahlzettel stand, Kalabrien, wurde er im Amt des Präsidenten bestätigt. Keine aufregenden Ergebnisse, aber weit entfernt von der Katastrophe, über die in den Zeitungen berichtet wurde. Schauen wir uns an, wie die Mitte-Rechts-Kandidaten in den großen und kleinen Städten abgeschnitten haben:

- - Neubestätigung in der ersten Runde in Busto Arsizio, Carmagnola, Gallarate, Grosseto, Limbiate, Montebelluna, Montevarchi, Novara, Oderzo, San Giovanni Lupatoto, San Giuliano Milanese, Treocate, Treviglio
- - an der Wahlurne, beginnend mit einem scheidenden Bürgermeister, in Cisterna di Latina, Cosenza, Isernia, Massarosa, Pavullo nel Frignano, San Benedetto del Tronto, Savona, Seveso, Spoleto
- - zur Wahl, ausgehend von der Opposition, in Alatri, Caserta, Cento, Desio, Formia, Francavilla al Mare, Ginosa, Lanciano, Latina, Marino, Massafra, Melito di Napoli, Peschiera Borromeo, Pinerolo, Roseto degli Abruzzi, Ruvo di Puglia, Varese, Vasto, Vimercate
- - Niederlagen nach der Opposition in Assisi, Benevento, Cerignola, Cesenatico, Ciriè, Città di Castello, Domodossola, Fasano, Frascati, Gallipoli, Grottaglie, Mentana, Minturno, Nichelino, Pioltello, Ravenna, Rimini, Rho, Santa Maria Capua Vetere, Salerno, Sesto Fiorentino, Sezze, Sulmona
- - Sieg in der ersten Runde, ausgehend von der Opposition, in Chioggia
- - Niederlage, beginnend mit dem scheidenden Bürgermeister, in San Nicandro Garganico;
 - Die CDX hat sich geteilt und geht zur „internen“ Abstimmung in Afragola und Conegliano.

Die Mitte-Rechts-Partei wird in 13 Gemeinden direkt bestätigt und verteidigt weitere 9 auf dem Wahlzettel; sie bleibt in 23 Gemeinden außerhalb der Verwaltung und versucht, 19 davon auf dem Wahlzettel zu erobern. In der ersten Runde gab es zwei Wechsel, einen auf jeder Seite. Die Stimmzettel werden daher für die Erstellung einer Bilanz entscheidend sein. „YouTrend“ hat 118 Gemeinden mit mehr als 15.000 Einwohnern untersucht und kommt zu dem Ergebnis, dass 60 davon zur Wahl gehen werden: In den zweiseitigen Wahlen wird die rechte Mitte am stärksten vertreten sein, da sie nur in 11 Fällen nicht vertreten ist.

Schlussfolgerungen

Viele Kommentatoren werden versuchen zu erklären, dass die rechte Mitte nach diesen Wahlen viel „Mitte“ und wenig „rechts“ zeigen muss. Wenn möglich, sogar der Linken ähneln. Sie werden versuchen, sie davon zu überzeugen, dass nur die Stimmen der Bewohner der Altstädte und der oberen Bezirke zählen und dass der Rest der Stadt und erst recht die Provinzzentren keine Rolle spielen. Man darf nicht auf solche Sirenen hören, sondern muss den Stab gerade halten. Die Wahlen 2018 haben gezeigt, wo die Mehrheit des Landes steht. Die Europawahlen 2019 haben es bestätigt. Die vorherrschende Forderung ist die nach einem Systemwechsel, nach einer echten Vertretung der Interessen der Mittelschicht und der „von der Globalisierung Besiegten“. Die „Pandemie-Pause“ mag diesen Trend vorübergehend betäubt haben, aber sie kann ihn nicht auslöschen. Das Vertrauen in die eigene Identität und in den historischen Auftrag, den man sich selbst gegeben hat, muss gestärkt werden. Und es ist auch ein bisschen mehr Vertrauen in die eigenen politischen Kader erforderlich.



Daniele Scalea

Gründer und Präsident des Machiavelli-Studienzentrums. Er hat einen Abschluss in Geschichtswissenschaften (Universität Mailand) und einen Dokortitel in Politikwissenschaften (Universität Sapienza) und unterrichtet an der Universität Cusano die Fächer „Geschichte und Doktrin des Dschihadismus“ und „Geopolitik des Nahen Ostens“. Von 2018 bis 2019 war er Sonderberater für Einwanderung und Terrorismus des Unterstaatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten Guglielmo Picchi. Sein neuestes Buch (geschrieben mit Stefano Graziosi) ist [Trump contro tutti. L'America \(e l'Occidente\) al bivio](#) (Trump gegen alle. Amerika (und der Westen) am Scheideweg).

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Die Verteidigung der Interessen der Römer Von Nicola De Felice

04. 10. 2021



Bildquelle: Facebook

Das Desaster der Raggi-Junta

Die verblüffende Inkompetenz der derzeitigen Raggi-Junta (gemeint ist Roms derzeitige Bürgermeisterin Virginia Raggi von der Fünf Sterne-Bewegung, Anm.d.Red.) ist offenkundig: Ihre verschiedenen Abteilungen, die von altgedienten Kommunisten oder liberalen Sektierern geleitet werden, die die Unterordnung der souveränen Rechte der Römer unter eine pseudo-ökologische und globalistische Ideologie befürworten, haben bei der Verwirklichung ihrer Ziele kläglich versagt und die soziale, wirtschaftliche und identitätsbezogene Unsicherheit geschaffen, die Rom zu einer der am meisten vernachlässigten Hauptstädte der Welt gemacht hat.

Was ein politischer Führer tun muss

Das Ziel eines politischen Führers einer Stadt kann nur sein, die Entwicklung und das Wohlergehen der gesamten Gemeinschaft in ihren zivilen, religiösen, sprachlichen, ethischen, wirtschaftlichen, identitätsstiftenden und kulturellen Merkmalen zu erreichen. Darüber hinaus hat Rom ein Leben, einen Willen und Ziele, die an Kraft und Dauer denjenigen von Einzelpersonen oder den verschiedenen Realitäten, die zu einem bestimmten Zeitpunkt Teil davon sind, überlegen sind. Wer an der Spitze der Verwaltung Roms stehen will, kommt nicht umhin, die zentrale Bedeutung der legitimen Lebens- und Sicherheitsbedürfnisse seiner Bürger anzuerkennen, die sich aus einer kontinuierlichen moralischen und kulturellen Hebung und einer gerechten Verteilung des Reichtums im Verhältnis zur Leistung aller Mitglieder der Gemeinschaft ergeben. Wer auch immer Rom regiert, muss daher in erster Linie die Rechte seiner Bürger schützen und sich gleichzeitig der 28 Jahrhunderte alten Geschichte der Stadt bewusst sein.

Jedes Gemeinwesen verwirklicht sich in seiner Stadt, indem es durch den angemessenen Einsatz der ihm zur Verfügung stehenden Instrumente zur Verwirklichung bestimmter Ziele

beiträgt, wie insbesondere zur Wahrung von Freiheit und Würde. Diese Bedürfnisse stellen kein undifferenziertes Unikat dar, sondern lassen sich nach einer Wichtigkeitsskala darstellen, die die vitalen Interessen identifiziert, d.h. die Wahrung der wesentlichen Elemente Roms, wie die Bewahrung seiner Identität und Tradition, seiner kulturellen und zivilen Integrität, der Unverletzlichkeit seiner Vorrechte. Hinzu kommt die Sicherheit, die im weitesten Sinne des Rechts auf ein Leben in Frieden und Rechtmäßigkeit zu verstehen ist und sich nicht nur auf die öffentliche Ordnung, sondern auch auf die sozioökonomischen Bedingungen und die Entwicklung, die soziale Gerechtigkeit sowie die Umwelt- und Energiesicherheit bezieht.

Danach folgen die strategischen Interessen, d. h. die Ressourcen und Werte von vorrangiger Bedeutung, deren mangelnder Schutz zwar nicht die Existenz Roms gefährdet, aber seine soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung beeinträchtigen könnte. Die Durchführung wichtiger Ereignisse wie die Olympischen Spiele oder der Ausbau der U-Bahn sind Beispiele für strategische Interessen Roms, ebenso wie eine realistische Infrastrukturpolitik, sowohl im Zentrum als auch in der Peripherie.

Schließlich gibt es noch die Eventualinteressen, die aus der Gesamtheit der mit einer bestimmten Situation verbundenen Vorteile und Werte bestehen. Die Beseitigung jeglicher Anstiftung oder Beihilfe zur illegalen Einwanderung ist eine dieser Maßnahmen.

Wenn Mitte-Rechts an der Reihe ist...

Innerhalb dieses Rahmens, im Kontext politischer Dynamik – typisch für den physiologischen Kompromiss zwischen den Bestrebungen der Stadt und den verfügbaren Ressourcen – nehmen die Interessen Roms Gestalt an, d. h. die Gesamtheit der Werte und materiellen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Vorteile, die für das Wohl und den Fortschritt des römischen Volkes angestrebt werden.

Wenn Mitte-Rechts das Ruder übernehmen würde, müsste sie dafür verantwortlich sein, die Risiken zu ermitteln, denen diese Interessen ausgesetzt sind, d.h. geeignete Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um sie zu neutralisieren. Schließlich die konkreten Maßnahmen, die zu ergreifen sind, um genaue Sicherheitsziele zu erreichen. Diese Ziele sollten das Ergebnis der Politik von Mitte-Rechts sein, d.h. der vom Rat und den einzelnen Abteilungen angenommenen Entschlüssen, um eine Strategie umzusetzen, die die Zukunft Roms und das Wohlergehen unserer Kinder sichert.



Nicola De Felice

Senior Fellow des Centro Studi Machiavelli. Als Konteradmiral (a.D.), ehemaliger Kommandant von Zerstörern und Fregatten, hatte er wichtige diplomatische, finanzielle, technische und strategische Funktionen im Verteidigungsstab und in der Marine inne,

sowohl im Inland als auch im Ausland, zu Wasser und zu Lande, wobei er sich für die Anwendung von Techniken einsetzte, die der italienischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zugute kommen.

Quelle: [Facebook](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Kommunalwahlen in Italien: Giorgia Meloni, „die Neofaschistin, die Rom erobern will“

03. 10. 2021



Bildquelle: FDS

Es wird erwartet, dass die Vorsitzende der Partei Fratelli d'Italia, Giorgia Meloni, die große Rivalin des Lega-Chefs Matteo Salvini, ihre Formation in der ersten Runde der Kommunalwahlen heute und am Montag, insbesondere in Rom, als Siegerin hervorgehen lässt. Auf nationaler Ebene liegen die Fratelli d'Italia in den Umfragen vor der Lega.

Die Muse der italienischen souveränen Rechten trat im Alter von 15 Jahren der Faschistischen Jugend der Sozialen Bewegung Italiens, der Erbenpartei von Benito Mussolini, bei. Giorgia Meloni wurde im Alter von 29 Jahren zur Abgeordneten gewählt und zieht es vor, sich als „Frau“, „Mutter“ und „Christin“ zu präsentieren, die eine „soziale, nationale und volksnahe“ Vision vertritt. Mit 20 % der Wählerstimmen auf nationaler Ebene

liegt die neofaschistische Partei Fratelli d'Italia, die sie seit 2014 führt, in der ersten Runde der Kommunalwahlen, die am Sonntag und Montag in über 1.100 Gemeinden, darunter Rom, Neapel, Turin, Mailand und Bologna, stattfanden, in Führung.

In Rom ist der rechte Kandidat in der Hauptstadt, Enrico Michetti von den Fratelli d'Italia, auf dem besten Weg, die populistische 5-Sterne-Bewegung von Virginia Raggi abzulösen.

Dies bestätigt die Taktik von Giorgia Meloni, die oft mit Marion Maréchal verglichen wird – und das nicht nur wegen ihrer blonden Haare. Als sie sich im Februar weigerte, ihre Partei an der Regierung von Mario Draghi teilnehmen zu lassen, wurde sie im Gegensatz zur Lega und Forza Italia zur größten Gegnerin der Regierung.

Quelle: [JDD](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Neapel: Gedenktafel für die Foibe-Opfer beschmiert

30. 09. 2021



Bildquelle: VoxNews

Im Capodimonte-Park in Neapel wurde die Gedenktafel für die Foibe-Märtyrer und der istrischen, julianischen und dalmatinischen Exilanten in vulgärer Weise mit dem Namen des kommunistischen Diktators Tito und einem Kommunisten-Stern beschmiert.

„Mit Empörung registrieren wir den x-ten Affront gegen die Erinnerung an eine der schmerzlichsten Seiten unserer nationalen Geschichte, bei der Tausende von Italienern ihr Leben verloren haben.“

Dies ist der Kommentar des nationalen Vorsitzenden des „10. Februar“-Ausschusses, Emanuele Merlino.

„Wir sind tief betroffen, diese Eskalation des Hasses gegen die Denkmäler zum Gedenken an die Foibe-Massaker in ganz Italien zu sehen, ein Drama, das immer noch eine offene Wunde in unserer nationalen Geschichte ist“, so Merlino weiter, „Die Feiglinge, die in Neapel gehandelt haben, werden uns nicht davon abhalten, unsere Aktion zum Schutz der italienischen Kultur an der östlichen Adria durchzuführen. Im Gegenteil, wir werden unsere Schulungs- und Diskussionsveranstaltungen mit Verbänden, Schulen und Institutionen in ganz Italien ausweiten.“

„Die Wahrheit kann nicht ignoriert werden“, schließt Merlino. „Unser Komitee wird mit unseren neapolitanischen Mitgliedern zusammenarbeiten, um die Plakette zu reinigen und den Anstand im Capodimonte-Park wiederherzustellen“.

Quelle: [VoxNews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Frankreich (Seiten 231 – 248)

05) Paris wird von 80% der Pariser als schmutzig angesehen

10. 10. 2021

10 OCTOBRE 2021 à 15h

Venez nombreux défendre vos droits

UP!
UNION PARISIENNE

Unissons-nous pour sauver Paris #saccageparis 2021
LES PARISIENS EN ONT ASSEZ DE SUBIR !

NON
à

- l'anarchie organisée sur les voies et les trottoirs
- la négligence de l'espace public
- la tolérance des zones de squat et de deal *
- la zadisation des quartiers
- la déchéance du patrimoine
- la disparition de grands arbres et beaux jardins
- la bétonisation et la surdensification
- la multiplication des nuisances visuelles, sonores et sanitaires
- la fuite des commerces et des familles
- l'ostracisme visant les classes moyennes
- l'implacabilité dogmatique et méprisante de la mairie à l'encontre de la diversité d'aspirations de ses administrés.

OUI
à

- l'équité dans le respect du code de la route
- l'entretien irréprochable des voies publiques
- l'application de la loi dans l'espace public
- la restauration, l'entretien et l'embellissement soigneux du patrimoine de notre capitale
- l'élégance de plantations dans les règles de l'art pour nos squares et jardins
- la traque et la sanction des vandalismes
- la dissuasion et la sanction des incivilités
- la quête d'une esthétique digne de Paris
- la fin des dépotoirs « participatifs » en pieds d'arbres ou ailleurs
- la fin de la division des genres et générations
- + un peu d'empathie de la part de notre maire !

Rendez-vous
9 place de
l'Hôtel de Ville
à 15h

Traffic de stupéfiants, CRACKS ET AUTRES PRODUITS NON À LEUR CONSOMMATION ASSISTÉE ET AUX SALLES DE JEU

Bildquelle: Breizh-Info

Anlässlich der Demonstration, die am Sonntag, dem 10. Oktober, auf Aufruf der Union Parisienne (UP!) gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen in Paris organisiert wurde, veröffentlichte das Meinungsforschungsinstitut Ifop exklusiv im *Journal du Dimanche* eine Umfrage, aus der hervorgeht, dass deutlich mehr Pariser als vor dreißig Jahren ihre Stadt „schmutzig“ finden. („Ifop-Studie für UP! Union Parisienne, die vom 20. bis 24. August 2021 mittels eines selbstverwalteten Online-Fragebogens unter einer Stichprobe von 1 008 Personen durchgeführt wurde, die für die Bevölkerung der Stadt Paris ab 18 Jahren repräsentativ ist“).

Anhand von Indikatoren, die einen Vergleich der Ansichten der Pariser über den Zustand ihrer Stadt mit denen ermöglichen, die das Ifop während der Regierungszeit der Rechten (1971–2001) gemessen hat, zeigt diese Umfrage bei einer repräsentativen Stichprobe von 1 008 Parisern, dass Fragen der Sauberkeit und der Unhöflichkeit eine wachsende Quelle der Unzufriedenheit für eine Bevölkerung sind, die größtenteils die „Bewegung“ #SaccageParis unterstützt, die in den sozialen Netzwerken die mangelnde Instandhaltung der Straßen und die Hässlichkeit der Stadt anprangert.

Paris, eine Stadt, die von mehr als acht von zehn Parisern als schmutzig angesehen wird

84 % der Pariser halten ihre Stadt für „schmutzig“, 39 % sogar für „sehr schmutzig“.

Und es sind die „Arbeiterviertel“ oder die am dichtesten besiedelten Arrondissements, in denen der Anteil der Pariser, die sich über diese Verschmutzung beschwerten, am höchsten ist: 90 % im Nordosten der Stadt (18./19./9./10. Arrondissement), gegenüber 74 % der Bewohner der „schönen Viertel“ der Hauptstadt (16./17./8. Arrondissement).

Ein Verschmutzungsgrad, der eine Rückkehr zur Situation in den 1970er Jahren bedeutet

Vergleicht man die Ansichten der Einwohner des Ballungsraums über den Zustand der Hauptstadt mit denen, die das Ifop ermittelte, als die Rechten unter Giscard (1974) und dann unter Chirac (1991) an der Spitze des Pariser Stadtrats standen, so zeigt sich eine Rückkehr zur Situation der 1970er Jahre. Während in der letzten Amtszeit von Jacques Chirac nur jeder zweite Einwohner die Stadt als „schmutzig“ bezeichnete (53 % im Jahr 1991 gegenüber 82 % im Jahr 1974), liegt dieser Anteil heute bei 78 %, was einem Anstieg von 25 Prozentpunkten in dreißig Jahren entspricht.

In politischer Hinsicht ist es interessant festzustellen, dass dieses Gefühl der Verschmutzung keineswegs ein Vorrecht der Wähler der Rechten ist: Der Anteil der Pariser, die ihre Stadt als schmutzig empfinden, ist bei den Anhängern der LR (84 %) oder LREM (87 %) kaum höher als bei den Anhängern der Sozialisten (80 %) oder der Ökologen (84 %).

Straßen, Ratten, Unannehmlichkeiten... eine Mehrheit von Unzufriedenen in allen Bereichen, die mit der Sauberkeit zu tun haben

Diese Einschätzung der Pariser über den Zustand der Sauberkeit ihrer Stadt geht einher mit einer ebenso großen Unzufriedenheit mit verschiedenen Aspekten ihres Lebensumfelds, wie z. B. der Bekämpfung von Ratten (65 %) oder von Unannehmlichkeiten (80 %). Und fast drei Viertel (73 %) von ihnen geben an, dass sie mit der Instandhaltung ihrer Stadt unzufrieden sind, ein Anstieg um 16 Punkte im Vergleich zur letzten Umfrage im Jahr 2015 (ifop/JDD).

Zwei Drittel der Pariser unterstützen unter dem Hashtag #saccageparis die Anprangerung von Schmutz und der allgemeinen Entwürdigung von Paris

Der Hashtag #saccageparis wird von den Parisern sehr stark unterstützt und ist ein Schlag ins Gesicht von Anne Hidalgo, der Bürgermeisterin der Stadt, die auch den Anspruch erhebt, Frankreich zu führen. Zwei Drittel (67 %) der Pariser geben an, diese Bewegung zu unterstützen, die in den sozialen Netzwerken die Verschmutzung und mangelnde Pflege der Straßen, die Verschlechterung des Stadtmobiliars und die Hässlichkeit der Stadt Paris anprangert.



:beitrag; [BREIZH-INFO](#):partner

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) „Rassist“ Zemmour überholt Le Pen: wird er Macron in der zweiten Runde herausfordern?

06. 10. 2021

**Intentions de vote pour le 1^{er} tour de l'élection présidentielle 2022
Hypothèse Xavier Bertrand candidat de la droite**

Intentions de vote pour le 1^{er} tour de l'élection présidentielle 2022

Aux inscrits sur les listes électorales, en % de votes exprimés



Rappel : Les intentions de vote mesurent un rapport de force à un moment donné. É prédictives des résultats du scrutin. La marge d'erreur des résultats d'ensemble s'état

Bildquelle: VoxNews

Marine Le Pen wird möglicherweise nicht die Herausforderin von Emmanuel Macron bei den französischen Präsidentschaftswahlen 2022 sein, da sie in den Umfragen zum ersten Mal von einem anderen Kandidaten, Éric Zemmour, überholt wurde, der ihr Gegenkandidat auf der rechten Seite ist und für den in den letzten Tagen auch Jean-Marie Le Pen seine Unterstützung angekündigt hat

Laut einer Umfrage von Harris Interactive für das Magazin Challenges käme Zemmour auf 17 bis 18 % gegen Marine Le Pen, die bei den Präsidentschaftswahlen noch nie über den zweiten Platz hinausgekommen war, und die derzeit auf 15 bis 16 % käme. Es läge demnach an Zemmour, das Duell mit Macron, der derzeit bei 24–27% liegt, zu gewinnen. Für Marine Le Pen sind diese Zahlen eine herbe Niederlage: Das gleiche Statistikinstitut gab ihr im Juni noch 28–29%. Zemmour war damals allerdings noch nicht im Rennen: Der in Algerien geborene jüdische Journalist gab erst im September seine Präsidentschaftskandidatur bekannt und stieg sofort in den Umfragen.

Zemmour ist der Einzige, der von ethnischem Austausch spricht. Und er ist der einzige, der von der Bedrohung des weißen Frankreichs durch die afro-islamische Horden spricht.

Quelle: VoxNews

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Frankreich: Abschiebung von illegalen Einwanderern findet kaum statt

Von Paul Tormenen

04. 10. 2021



Bildquelle: Breizh-info

Im Oktober 2017, kurz nach der Ermordung von zwei jungen Frauen durch einen irregulären Ausländer am Bahnhof Saint-Charles in Marseille, setzte sich der Präsident der Republik das Ziel, „diejenigen, die keine Aufenthaltsgenehmigung haben, kompromisslos abzuschicken“.

Vier Jahre später ist die Bilanz in diesem Bereich nicht nur beklagenswert, sondern sie wird immer schlechter. Die französischen Behörden weisen nur einen kleinen Teil der illegalen Einwanderer aus, die zum Verlassen des Landes aufgefordert werden. In Europa gehört Frankreich zu den Ländern, die in dieser Hinsicht am wenigsten effektiv sind. Die jüngste Ankündigung der Regierung, die Zahl der Visa für Maghreb-Länder, die sich weigern, ihre illegalen Staatsangehörigen zurückzunehmen, zu reduzieren, erscheint in diesem Zusammenhang sehr spät und zaghaft.

Illegale Einwanderung auf dem Vormarsch

Seit Anfang 2021 hat die illegale Einwanderung in Europa stark zugenommen. Zwischen Januar und Juli 2021 wurden von Frontex 85.700 illegale Grenzübertritte in der Europäischen Union festgestellt, was einem Anstieg von 66 % gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2020 entspricht. Gleichzeitig steigt die Zahl der Asylanträge wieder an und parallel dazu die Zahl der abgelehnten Asylbewerber, die sich in einer irregulären Situation befinden. Sind die europäischen Länder, insbesondere Frankreich, in der Lage, dies zu bewältigen? Nach der Lektüre eines kürzlich erschienenen Berichts des Europäischen Rechnungshofs über die Zusammenarbeit mit Drittländern im Bereich der Rückübernahme kann man dies zu Recht bezweifeln. Wenn es Druckmittel gibt, um die Herkunftsländer illegaler Einwanderer zur Rücknahme ihrer Staatsangehörigen zu zwingen, nutzen die französischen Behörden sie nur zögerlich.

Frankreich, eine offene Bar für illegale Einwanderer

In der Europäischen Union wurde im Jahr 2020 396.000 Drittstaatsangehörigen (außerhalb der EU), die sich in einer irregulären Situation befinden, eine Ausweisungsentscheidung mitgeteilt. Nur 18 % davon wurden tatsächlich durchgesetzt.

In Frankreich ist die Vollstreckungsquote von Rückführungsentscheidungen mit 6,4 % besonders niedrig. Im Jahr 2020 wurden von den 108.000 angekündigten Entscheidungen nur 6.930 vollstreckt. Gerade der Grundsatz des legalen Aufenthalts im Hoheitsgebiet wird in unserem Land mit Füßen getreten, das sich in diesem wie in anderen Bereichen als besonders aufnahmebereit für illegale Einwanderer zeigt.

Die Maghreb-Staaten weigern sich, ihre Staatsangehörigen zurückzunehmen

Während illegale Einwanderer aus Algerien und Marokko am häufigsten aufgefordert werden, die Europäische Union zu verlassen, sträuben sich die Maghreb-Staaten besonders gegen die Rücknahme ihrer Staatsangehörigen.

In der Europäischen Union liegt die tatsächliche Rückkehrquote der ausreisepflichtigen Algerier bei 4,8 %. Dieses schlechte Ergebnis ist in Frankreich noch schlimmer. Obwohl Frankreich ein hohes Maß an illegaler Einwanderung aus Algerien zu verzeichnen hat, liegt die Quote dort bei nur 0,2 %. Die Wirksamkeit der Verpflichtungen zum Verlassen des französischen Hoheitsgebiets (Obligations de Quitter le Territoire Français, OQTF) ist bei Marokkanern (2,4 %) und Tunesiern (4 %) kaum höher. Die Hauptursache für diesen Misserfolg ist die sehr geringe Zahl der von den algerischen, tunesischen und marokkanischen Behörden ausgestellten Konsularpässe.

In der Europäischen Union ist die Rate der Vollstreckung von Ausweisungsbescheiden bei illegalen Ausländern auch bei Staatsangehörigen von Côte d'Ivoire (2,0 %), Mali (2,1 %), Guinea (2,5 %) und Senegal (3,2 %) sehr niedrig.

Empfehlungen des Europäischen Rechnungshofs

Um die Vollstreckung von Entscheidungen zur Rückführung illegaler Einwanderer zu verbessern, hat der Europäische Rechnungshof in einem kürzlich veröffentlichten Bericht mehrere Empfehlungen ausgesprochen. Eine davon ist die „Stärkung der Anreize für Drittländer zur Zusammenarbeit bei der Rückübernahme“.

Das Problem ist nicht neu. Seit mehreren Monaten droht die Europäische Kommission, die Zahl der Visa für Staatsangehörige afrikanischer Länder, die sich weigern, abgelehnte Asylbewerber zurückzunehmen, drastisch zu reduzieren. Aber nicht nur diese Bedrohung lässt viele afrikanische Staats- und Regierungschefs unbeeindruckt. Einige von ihnen weigern sich einfach, ihre Staatsangehörigen zurückzunehmen und folgen damit dem Beispiel des gambischen Präsidenten, der befürchtet, dass diese erzwungene Rückkehr „soziale Unruhen“ auslösen wird.

Nach Angaben eines auf internationales Recht spezialisierten Anwalts soll es auch bei den Regierungen von Sierra Leone, Guinea und Eritrea zu ähnlichen Blockaden gekommen sein.

Ankündigung der Verringerung der Zahl der für Staatsangehörige der Maghreb-Länder ausgestellten Visa

In diesem Zusammenhang hat die französische Regierung am 27. September angekündigt, die Zahl der Visa für algerische und marokkanische Staatsangehörige um zwei und für Tunesier, die nach Frankreich einreisen wollen, um 30 % zu reduzieren. Die algerische und die marokkanische Regierung haben schnell reagiert und diese Entscheidung angefochten. Kurioserweise wurde der französische Botschafter in Algerien am 29. September von den algerischen Behörden sogar vorgeladen.

Wird die französische Regierung ihrer Ankündigung Taten folgen lassen? Vor knapp einem Jahr drohte der französische Staatssekretär für europäische Angelegenheiten damit, die Visaerteilung zu nutzen, um Druck auf Länder auszuüben, die sich weigern, ihre Staatsangehörigen, die sich in einer irregulären Situation befinden, zurückzunehmen. Diese Ankündigung blieb ohne Wirkung.

Seit 2012 ist die Quote der vollstreckten Ausreiseverpflichtungen aus dem französischen Hoheitsgebiet rückläufig: Sie ist von 22,3 % in jenem Jahr auf 7,8 % im Jahr 2020 gesunken (erzwungene Rückkehr und freiwillige Ausreise). Diese Verschlechterung hat sich während der fünfjährigen Amtszeit von Emmanuel Macron noch verstärkt. Die Politik der französischen Regierung, die die freiwillige Ausreise auf Kosten der erzwungenen Ausreise begünstigt, ist ein völliger Fehlschlag. Diese kostspielige Politik, die insbesondere zu einer Erhöhung der zweckgebundenen Prämie geführt hat, hat keineswegs verhindert, dass die Zahl der effektiven Abschiebungen illegaler Einwanderer aus dem französischen Hoheitsgebiet weiter zurückgeht.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Jean-Marie Le Pen wendet sich gegen seine Tochter Marine: „Ich bin für Zemmour“

02. 10. 2021



Jean-Marie Le Pen und seine Tochter Marine in besseren Zeiten · Bildquelle: VoxNews

Jean-Marie Le Pen wendet sich gegen seine Tochter Marine, die seine Ideale verraten hat und ihn sogar aus der Partei warf. Eine unkluge politische Aktion, die sich nicht auszahlt, zumal sie die Leistungen ihres Vaters nie übertraf.

Der Gründer und ehemalige Vorsitzende des Front National hat in *Le Monde* angekündigt, dass er bei den Präsidentschaftswahlen 2022 Éric Zemmour, den rechten Konkurrenten seiner Tochter, unterstützen wird, „wenn er der beste Kandidat für das nationale Lager ist“. „Marine hat ihre befestigten Stellungen aufgegeben, und Éric besetzt das Feld, das sie freigelassen hat“, sagte der Patriarch der französischen Rechten.

Der in Algerien geborene französisch-jüdische Journalist und Essayist Zemmour vertritt radikale Positionen gegen Einwanderung und Multikulturalismus.

Jean-Marie Le Pen lobte daraufhin den „Mut“ und die „Kultur“ von Zemmour, den er während des gesamten Gesprächs einfach „Éric“ nennt. „Er ist auf die Barrikaden gegangen und hat Dinge gesagt, die sich außer mir niemand zu sagen traut. Er sagt, was ich denke, aber“, so Vater Le Pen weiter, „vor einem weiteren Publikum. Aus diesem Grund sei Zemmour das Opfer einer „Dämonisierung“. „Er fängt an, erwachsen zu werden. Bald wird er auch einen luziferischen Schwanz und gespaltene Füße haben“, scherzt Jean-Marie, für den „der einzige Unterschied zwischen Éric und mir darin besteht, dass er Jude ist“. „Somit ist es schwierig, ihn einen Nazi oder Faschisten zu nennen. Und das gibt ihm mehr Freiheit“, sagte der 93-jährige ehemalige Europaabgeordnete gegenüber *Le Monde*.

Jean-Marie Le Pen ist seit Jahren mit seiner Tochter zerstritten, die, nachdem sie die Führung des Front National übernommen hatte, diesen in Rassemblement National umbenannte.

In den Umfragen ist Marine Le Pen derzeit noch die Favoritin für den Posten der Vertrauten von Emmanuel Macron. Vor einem Monat lag sie in den Umfragen bei 24 % und lieferte sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit dem scheidenden Präsidenten Macron, der in den Umfragen zwischen 23 und 26 % lag. Obwohl sie bei den rechten Kandidaten weiterhin vorne liegt, zeigen die Umfragen einen Rückgang der Unterstützung für sie, der sie laut einer Umfrage von Harris Interactive für Challenges um 8 Punkte auf 16 % fallen ließ. Andererseits soll Éric Zemmour, dessen Kandidatur bis vor einigen Wochen noch ungewiss war, im Vergleich zu den Umfragen von Anfang September um 7 Punkte zugelegt haben und nun bei 13–14 % liegen.

Im gemäßigten rechten Lager erreichten Xavier Bertrand von den Republikanern 14 %, Valérie Pécresse, Präsidentin des Regionalrats der Île-de-France und ehemalige Ministerin in der Regierung Fillon, 12 % und der ehemalige EU-Kommissar Michel Barnier, ebenfalls von den Republikanern, 8 %. Auf der Linken liegt der radikale Kandidat Jean-Luc Mélenchon bei 13%, die Bürgermeisterin von Paris, Anne Hidalgo, bei 7% und der Ökologe Yannick Jadot bei 6%.

Quelle: [VoxNews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Sarkozy zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, umgewandelt in elektronische Armfessel

01. 10. 2021



Bygmalion-Prozess: Sarkozy wird zu einem Jahr Haft verurteilt. Von Ignace · Bildquelle: MPI

Nicolas Sarkozy, Präsident der Französischen Republik von 2007 bis 2012, wurde wegen illegaler Finanzierung seiner Präsidentschaftskampagne 2012 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die unter dem Namen „Bygmalion“ bekannte Untersuchung begann, nachdem die Ermittler festgestellt hatten, dass die Wahlkampfausgaben fast das Doppelte des gesetzlichen Limits betragen hatten.

Gestern erschien der ehemalige Präsident nicht zur Urteilsverlesung im Gerichtssaal der Pariser Justizvollzugsanstalt. Bei den Wahlen 2012, die er gegen François Hollande verlor, gab Sarkozy 42 Millionen Euro aus, während die gesetzliche Obergrenze bei 22,5 Millionen lag. Nach Ansicht des Angeklagten waren diese Ausgaben dadurch gerechtfertigt, dass die Verpflichtungen des Präsidenten es ihm nicht erlaubten, sich um finanzielle Details zu kümmern. Der Richter erklärte bei der Urteilsverkündung, dass der ehemalige Präsident „weiterhin Treffen organisierte“, obwohl er „schriftlich vor dem Risiko der Überschreitung der Grenzwerte gewarnt wurde“, was ihm nicht unbekannt sein konnte, da es sich um seine zweite Präsidentschaftskampagne handelte. Sarkozy, der in Berufung gehen wird, muss seine Haftstrafe nicht antreten, wird aber elektronisch überwacht.

Insgesamt handelt es sich um 13 Verurteilte, darunter der Wahlkampfleiter, der zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt wurde.

Im März wurde Sarkozy bereits wegen Korruption und Bestechung zu drei Jahren Haft verurteilt, von denen zwei zur Bewährung ausgesetzt wurden. Der ehemalige Elysée ist der erste französische Präsident, der zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. 2011 wurde Jacques Chirac wegen einiger Korruptionsfälle während seiner Amtszeit als Bürgermeister von Paris zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt, die anschließend zur Bewährung ausgesetzt wurde. Der „Wismut-Prozess“ – der Deckname, unter dem Sarkozy mit seinem Anwalt kommunizierte – geht auf Abhörmaßnahmen zurück, die von der Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit einem anderen Gerichtsverfahren angeordnet wurden, in das der ehemalige Präsident verwickelt war und in dem es um angebliche Finanzhilfen des Regimes von Muammar Gaddafi ging. Aus diesen Gesprächen ging hervor, wie Sarkozy 2014 über seinen Anwalt versuchte, von einem hochrangigen Kassationsrichter Informationen über ein neues Verfahren zu erhalten, an dem er beteiligt war. Derzeit ist Sarkozy in eine andere Untersuchung über ein angebliches libysches Darlehen verwickelt, das er zwischen 2005 und 2006 erhalten hat, obwohl der Mann, der angeblich als Vermittler fungierte, später widerrief.

Kein Grund, über Sarkozy zu weinen, er wird sich mit seinem elektronischen Armband ohnehin freier bewegen können als ehrliche Menschen ohne Impfungen und Gesundheitspässe.

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Macron kritisiert Zemmour

29. 09. 2021



Emmanuel Macron · Bildquelle: FDS

... wegen dessen Vorschlag, die Vornamen zu französisieren und beschwört dabei „eine französische Sprache, deren Epizentrum nicht mehr an den Ufern der Seine liegt, sondern im Becken des Kongo“.

„Wir stellen uns in der politischen Debatte oft die Frage nach unserer Identität“, sagte Emmanuel Macron in einer Rede anlässlich eines Besuchs der Renovierung der französischen Nationalbibliothek, die erst nach den Präsidentschaftswahlen vollständig abgeschlossen sein wird, und verwies auf die Ideen des Polemikers Éric Zemmour, der seine mögliche Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 2022 in der Schwebe hält.

„Aber unsere Identität ist weder auf Schrumpfung, noch auf Namen, noch auf Formen der Spannung aufgebaut“, kommentierte er und bezog sich dabei zum ersten Mal öffentlich auf die Vorschläge des Polemikers.

„Unser Land, unsere Nation wurde durch zwei Institutionen aufgebaut: den Staat und die Sprache. „Eine Sprache, deren Epizentrum heute nicht mehr an den Ufern der Seine, sondern zweifellos viel mehr im Kongobecken liegt“, erklärte er am Dienstagabend.

Quelle: [Ouest France](#)

Lesen Sie auch unsere weiteren Artikel unsers heutigen Frankreich-Schwerpunktes:

- [Macron kritisiert Zemmour](#)
- [Éric Zemmour: Ist es möglich, die Illegalen zurückzuschicken?](#)
- [Frankreich: „Die Überweisungen der Migranten in den Maghreb sind größer als die offizielle Entwicklungshilfe, die an diese Staaten gezahlt wird“](#)
- [Frankreich: Manuel Valls schlägt vor, die Familienzusammenführung auszusetzen: „Braucht man wirklich neue Einwanderer? Nichts deutet darauf hin.“](#)
- [Frankreich: Die LDNA – Ligue de Défense Noire Africaine – wurde vom Ministerrat wegen Aufstachelung zu Hass und Diskriminierung aufgelöst](#)

- [Frankreich: Kosten der Rückwanderung auf 87 Milliarden Euro geschätzt](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Éric Zemmour: Ist es möglich, die Illegalen zurückzuschicken?

29. 09. 2021



Bildquelle: LesObs

Éric Zemmours Reaktion auf die Reduzierung der Visas für Algerien, Marokko und Tunesien: „Heute komme ich auf die plötzliche Entscheidung der Regierung von Emmanuel Macron zu sprechen, die Visas für Algerien, Marokko und Tunesien drastisch zu reduzieren.“

<https://www.youtube.com/watch?v=xpNDywOuLjl>

[#EricZemmour](#) [#ChaineOfficielle](#) [#Visa](#) Éric Zemmour : réaction sur la réduction des visas pour Algérie, Maroc et Tunisie
428.591 Aufrufe
Premiere am 28.09.2021

Hier der komplette Text des Videos in deutscher Übersetzung:

Hallo zusammen! Nein, das hat nichts mit den Präsidentschaftswahlen zu tun, nichts mit dem, was ich seit Monaten sage. Aber ja, Sir, was glauben wir denn von Ihnen? Natürlich zogen sich die Verhandlungen über Monate hin. Du redest seit einem Jahr darüber. Und dann passiert es plötzlich. Nun gut, schauen wir mal. Seien wir doch einmal ernsthaft. Seit

Jahren. Man hat uns gesagt, dass es absolut unmöglich ist, Regierungen zu zwingen, ihre illegalen Staatsangehörigen zurückzunehmen. Sie weigern sich, die berühmten Konsularpässe zu unterschreiben, die es uns erlauben würden, sie zurückzuschicken. Und dann entdecken wir plötzlich, dass es tatsächlich Druckmittel gibt, die wir alle jahrelang abgelehnt haben, und wir haben die Leute, die behauptet haben, es gäbe Druckmittel, als Extremisten bezeichnet. Nun, nein. Plötzlich übernimmt die gemäßigte Regierung von Emmanuel Macron die Methoden der Extremisten, in diesem Fall die Reduzierung der Zahl der Visa für Staatsangehörige von Ländern, die ihre illegalen Einwanderer nicht zurücknehmen wollen. Das ist in Ordnung. Wir werden abwarten, bis diese Maßnahme tatsächlich umgesetzt wird, aber zumindest vom Grundsatz her beglückwünschen wir Gabriel Attal und Emmanuel Macron. Aber da ich nun von Gabriel Attal, der Emmanuel Macrons Politik inspiriert hat, eingeweiht wurde, werde ich ihm gegenüber großzügig sein und ihm weitere Maßnahmen zur Reduzierung der Migrationsströme und zur Rückführung der illegalen Einwanderer anbieten, die nie zurückgeschickt werden und deren Zahl in Frankreich auf 400.000 bis 800.000 geschätzt wird.

Die ersten, die ersten, natürlich im Einklang mit der soeben getroffenen Maßnahme. Die Visas werden reduziert. Wir könnten auch die öffentliche Entwicklungshilfe, die wir an diese Länder zahlen, reduzieren oder sogar abschaffen. Wir könnten auch den Geldtransfer von Gastarbeitern in ihre Herkunftsländer blockieren. Wir könnten sie blockieren. Wir könnten sie besteuern. Ja, es gibt Möglichkeiten, Druck auf diese Länder auszuüben, damit sie ihre illegalen Einwanderer zurücknehmen. Und dann sollten wir zum Beispiel unseren Teil der Arbeit erledigen. Zunächst sollte der berühmte Valls-Erlass abgeschafft werden, der es ermöglicht, Tausende und Abertausende von Illegalen diskret zu legalisieren. Seit 2015, dem Datum dieses Rundschreibens, haben die aufeinanderfolgenden Regierungen dies getan. Legalisierung von etwa 30.000 Illegalen pro Jahr auf diese Weise. Keiner weiß, was vor sich geht. Und dann könnten wir alle isolierten Minderjährigen, von denen wir wissen, dass die meisten weder minderjährig noch isoliert sind, zu ihren Familien zurückschicken. Der König von Marokko selbst hat übrigens zugegeben, dass er sie sehr wohl zurücknehmen könnte. Kinder sind nur bei ihren Eltern besser aufgehoben. Dies sind die Grundprinzipien.

Und dann könnten wir zum Beispiel so weitermachen. Alle Ausländer, die in Frankreich ein Visum beantragt haben, müssten zum Beispiel eine Kautions von 10.000 Euro hinterlegen. Die Amerikaner tun es, andere Länder tun es auch, wenn sie nicht ausreisen, und sie würden für ihre eigene Rückführung bezahlen, was für uns teuer ist. In diesem Sinne sollten wir auch die Unternehmen für die illegalen Einwanderer, die sie einstellen, zur Kasse bitten, denn das kostet uns ohnehin eine Menge Geld. Sie sehen also, es gibt viele Dinge, viele Dinge, die mit dem Problem der Illegalen zu tun haben. Ich erinnere mich an die Debatte zwischen Herrn Darmanin und Frau Le Pen vor einigen Monaten. Herr Darmanin war stolz, ja fast froh über seine Ohnmacht, und Frau Le Pen war nicht in der Lage, ihm etwas zu sagen und ihm zu raten, was er tun sollte? Es war die Debatte der Ohnmacht und der Unwissenheit. Davon sind wir jetzt weit entfernt. Im Gegenteil, wir müssen heute das Land der Macht sein, das unbedingt die Mittel findet, um ein Maximum an illegalen Einwanderern nach Hause zu schicken. Wenn dies geschehen ist, werden wir zum nächsten Schritt übergehen, nämlich zur Frage der legalen Einwanderung. Wir sehen uns bald wieder.

Quelle: [YouTube](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Frankreich: „Die Überweisungen der Migranten in den Maghreb sind größer als die offizielle Entwicklungshilfe, die an diese Staaten gezahlt wird“

29. 09. 2021



Staatsratsmitglied Patrick Stefanini - Bildquelle: FDS

Staatsratsmitglied Patrick Stefanini im Gespräch mit Vincent Trémolet de Villers (FigaroVox):

Patrick Stefanini: „Die Maghreb-Länder schützen ihre wirtschaftlichen Interessen: Die Rücküberweisungen der Migranten in ihre Herkunftsländer machen mehr aus als die offizielle Entwicklungshilfe, die Frankreich an diese Staaten zahlt.“

„Diese Überweisungen sind eine Form der wirtschaftlichen Verarmung Frankreichs: Es handelt sich um Geld, das natürlich durch die Arbeit der Einwanderer erzeugt wurde, das aber auf französischem Territorium produziert worden ist.“

„Wir brauchen keine Einwanderung: weder aus wirtschaftlichen noch aus demografischen Gründen. Leider sind wir einer Einwanderung ausgesetzt, die das Ergebnis einer Reihe von Gesetzen und bilateralen Abkommen ist...“

Vincent Trémolet de Villers: „Das Thema Einwanderung wird mehrheitlich verdrängt... wenn Intellektuelle das Thema in der öffentlichen Debatte aufgreifen, werden sie abgewertet... die Menschen werden Zeuge eines demografischen Wandels und bekommen gesagt: Nein, da passiert nichts...“

„Vorhin hat Patrick Stefanini gesagt, dass wir der Einwanderungspolitik unterworfen sind... in Wirklichkeit sind wir es nicht... wenn wir sehen, dass die Quote der OQTF (Obligation de quitter le territoire français) von 0,2 % ausgeführt wird... haben wir nicht mehr die konkrete und praktische Kontrolle darüber, wer in unser Land kommt oder nicht.“

Länder, in denen Überweisungen durch Migranten die offizielle Entwicklungshilfe Frankreichs überschreiten:

- Envois de fonds par les migrants
- Valeur nette de l'aide publique au développement reçue



Quelle : Européischer Rechnungshof

Die französische Entwicklungsagentur hat Marokko 479,8 Millionen (2019) gewährt:

- **Le Maroc est le premier bénéficiaire des financements de l'AFD dans le monde**, avec une exposition (encours + restes à verser signés) de 2,4 Md EUR au 30 juin 2020. L'AFD a octroyé 479,8 M EUR au Maroc en 2019 (dont 46 M EUR par PROPARCO). Pour la seule année 2019, 582,6 M EUR de convention ont été signés.

Quelle: Generaldirektion des Schatzamtes / Regierung

Die marokkanische Diaspora in Frankreich (irregulär oder nicht) schickte 2,4 Milliarden nach Marokko (2019):

4. **Premier pays d'origine des transferts financiers de la diaspora marocaine et du contingent de touristes, la France est le principal pourvoyeur de devises du Maroc.** En 2019, les transferts financiers des Marocains résidant en France (MRE) ont atteint 2,3 Md EUR, soit 35,2 % du total des transferts reçus à ce titre par le Royaume.

Quelle: Generaldirektion des Schatzamtes / Regierung

Quelle: [Fdsouche](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Frankreich: Manuel Valls schlägt vor, Familienzusammenführungen auszusetzen: „Braucht man wirklich neue Einwanderer? Nichts deutet darauf hin.“

29. 09. 2021



Manuel Valls · Bildquelle: FDS

„Die Republikaner auf beiden Seiten des Flusses“ müssen eine drastische Reform der Einwanderung vorschlagen, einschließlich der Aussetzung der Familienzusammenführung und des Rechts auf Einreise in das Hoheitsgebiet für ausländische Ehepartner, wenn sie nicht wollen, dass sich die Franzosen bei den Präsidentschaftswahlen 2022 von ihnen abwenden, argumentiert der ehemalige Ministerpräsident.

Zitate von Manuel Valls im heutigen *Le Figaro*:

„Immigration, alles von Grund auf neu denken“ und sagt: „Die Existenz einer starken Migrationswelle in Frankreich ist kein Hirngespinnst, alle Indikatoren bestätigen sie“.

„Für die extreme Linke ist der Einwanderer der neue unantastbare Proletarier... Umso schlimmer ist es, wenn die Arbeiterviertel die volle Wucht der Migration zu spüren bekommen oder wenn Anschläge auch von Menschen mit Migrationshintergrund verübt werden, die einen Hass auf Frankreich entwickelt haben.“

„Seit 1975 sind diese (Migrations-)Bewegungen nicht mehr durch unsere (wirtschaftlichen) Bedürfnisse zu erklären, sondern durch die zunehmende Großzügigkeit unserer Sozialpolitik, was sich in der Familienzusammenführung zeigt, die heute der Hauptgrund für die Aufnahme ist.“

„Wir müssen die Stopptaste drücken, eine Pause einlegen und alles wieder auf Kurs bringen. Brauchen wir wirklich neue Einwanderer? Dafür gibt es keine Beweise. Sollte die Priorität nicht darin liegen, diejenigen zu integrieren, die sich bereits in unserem Land befinden? Ja, natürlich.“

„Das Asylrecht muss erhalten bleiben, aber seine Denaturierung muss entschieden bekämpft werden. Die Verbundenheit der Franzosen mit diesem Recht hat als logische Folge, dass es nicht das Vorzimmer einer illegalen Einwanderung sein darf, die sie zu Recht ablehnen.“

„In Bezug auf die Wirtschaftsmigration, die derzeit relativ gering ist, scheint die Einführung von Quoten unabdingbar, wenn wir der Einwanderung ohne jeden Zweck und ohne ein anderes Projekt als die Ausnutzung der Großzügigkeit Frankreichs ein Ende setzen wollen.“

Quelle: [Le Figaro](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Frankreich: Kosten der Rückwanderung auf 87 Milliarden Euro geschätzt

29. 09. 2021



Bildquelle: Breizh-info

„La nécessaire remigration“ („Die notwendige Rückwanderung“): Dies ist der Titel des zentralen Dossiers der neuen Ausgabe der Zeitschrift Réfléchir & Agir (Nr. 71). Das Dossier begnügt sich nicht mit den traditionellen Klischees über die Einwanderung, sondern hat die Kosten und die Mittel bewertet, die über einen Zeitraum von fünf Jahren für die Remigration eingesetzt werden müssten, d. h. für die Ausweisung und Rückführung von 12 bis 14 Millionen derzeit in Frankreich lebenden Nichteuropäern in ihre Herkunftsländer. Die geschätzten Kosten dieser friedlichen Remigration (10.000 € für jeden Haushalt zur

Wiederaufnahme einer wirtschaftlichen Tätigkeit im Herkunftsland, 1.000 € für die Flugkosten jedes Remigranten, 5.000 € für die persönlichen und materiellen Güter jedes Haushalts usw.) belaufen sich laut Klaams Malan, auf 87 Milliarden €; vgl. seinen Artikel „Un quinquennat pour la remigration“ („Ein Fünfjahreszeitraum für die Remigration“).

Und wie soll diese Rückwanderung über 5 Jahre finanziert werden? Indem man zunächst einen Unabhängigkeitsprozess für alle französischen Überseegebiete einleitet (mit Ausnahme eines Gebiets unter französischer Militärkontrolle in Französisch-Guayana), indem man den lokalen Unabhängigkeitsparteien die Schlüssel zu diesen Regionen der Welt übergibt und indem man 2,7 Millionen Einwohnern dieser Gebiete die Möglichkeit gibt, unabhängig zu werden und somit nicht mehr zur französischen Demografie zu zählen. Schätzungsweise handelt es sich dabei um 600.000 Remigrationen ins Mutterland. Réfléchir & Agir schätzt die jährlichen Kosten der derzeitigen Übersee-Departements und -Regionen (Dom-Tom) auf 22 Milliarden Euro, nicht eingerechnet die Sonderbesoldung der lokalen Beamten (die es de facto nicht mehr geben wird), den Wegfall der lokalen Mehrwertsteuer, die Sondersteuer „octroi de mer“, aber auch die staatliche medizinische Hilfe (Aide Médicale d'Etat, AME), deren Kosten auf 1 Milliarde Euro pro Jahr geschätzt werden und die abgeschafft werden würde.

„Mit der Unabhängigkeit der Überseegebiete und dem Ende der AME kann der Staat also ohne Steuererhöhung mindestens 24,5 Milliarden Euro (knapp 11 % des für 2021 erwarteten BIP von 2458 Milliarden) zur Finanzierung seines Rückwanderungsprogramms bereitstellen. Insgesamt 98 Milliarden in 4 Jahren, viel mehr als die 87 Milliarden, die zur Umsetzung der Remigrationspolitik erforderlich sind.“ Der Autor schließt mit einer Prise Humor: „Wir können die Remigration auch ‚le retour au pays‘ (‚die Rückkehr nach Hause‘) nennen, die RAP. Ausnahmsweise werde ich, wie viele Franzosen, ein großer Fan von RAPern sein...“.

Das Dossier über die Remigration befasst sich ferner mit Beispielen für die Remigration im 20. Jahrhundert in der ganzen Welt, mit der Möglichkeit der Entnationalisierung von Personen, einschließlich derjenigen mit französischem Personalausweis, und mit den großen Mythen, die von der französischen Republik aufrechterhalten werden, wie z. B. die Notwendigkeit der Einwanderung zur Aufrechterhaltung unserer Wirtschaft und Demografie.



:bericht: [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Frankreich: Die LDNA – Ligue de Défense Noire Africaine – wurde vom Ministerrat wegen Aufstachelung zu Hass und Diskriminierung aufgelöst

29. 09. 2021



LDNA-Aktivisten mit Schildern "Tod Frankreich und seinen Alliierten" - *Bildquelle. FDS*

Die Schwarzafrikanische Verteidigungsliga (Ligue de Défense Noire Africaine, LDNA) wurde heute Morgen vom französischen Ministerrat gemäß den Anweisungen des Präsidenten der Republik aufgelöst.

Wie in dem von Innenminister Gérald Darmanin vorgelegten Dekret dargelegt, rief diese De-facto-Gruppierung zu Hass und Diskriminierung auf.

Quelle: [Twitter](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Spanien (Seiten 249 – 254)

16) Madrid: Viel mehr als eine Parteiveranstaltung

Von Álvaro Peñas

11. 10. 2021



La España en Pie *Bildquelle: El Correo de España*

Die politischen Nachrichten in Spanien waren am vergangenen Wochenende von der großen VOX-Kundgebung in Madrid geprägt. Doch getreu den Subventionen und Anweisungen der Regierung schwiegen die großen Medien angesichts der zwanzigtausend Menschen, die sich versammelt hatten, um Santiago Abascal, dem Vorsitzenden der drittgrößten spanischen Partei, Giorgia Meloni von Fratelli d'Italia, der in den Umfragen führenden Partei des Alpenlandes, und André Ventura von Chega, der drittgrößten politischen Kraft in Portugal, zuzuhören. Die Veranstaltung wurde auch von anderen Politikern unterstützt, die zwar nicht anwesend sein konnten, aber Botschaften zur Unterstützung von VOX schickten, darunter die „bösen Buben“ der EU, die Ministerpräsidenten von Polen und Ungarn, Mateusz Morawiecki und Viktor Orbán. Ich konnte Diogo Pacheco de Amorin von Chega begrüßen, der André Ventura begleitet und den ich vor einigen Monaten interviewt habe. Der erfahrene portugiesische Politiker sagte mir, dass er ein wenig neidisch auf VOX sei und dass man hoffe, in Lissabon in Zukunft dasselbe tun zu können. Eine solche Demonstration der Stärke ist für die Machthaber sehr schockierend. VOX zeigt Muskeln und das weckt Phantasien im Palacio de la Moncloa und im Palazzo Ducale in Genua.

Alle diese Reden und Unterstützungsbekundungen sind in den sozialen Netzwerken von VOX abrufbar, so dass ich nicht analysieren werde, was dort gesagt wurde und was ich ohne zu zögern unterschreiben würde, ohne ein einziges Komma zu entfernen oder zu setzen. Aber Viva21 war viel mehr als nur eine Parteiversammlung und politische Reden. VOX füllte die IFEMA zwei Tage lang mit einer authentischen Messe der Regionen, auf der man von Norden bis Süden und von Westen bis Osten VOX-Delegationen aus allen

Provinzen Spaniens besuchen konnte. Man konnte auch typische Gerichte aus den verschiedenen Regionen probieren, und es gab auch Platz für Stände von Vereinen, Verlagen, Bekleidungsgeschäften und der Gewerkschaft Solidarität. Dieser Aufruf zur Identität, zur Vielfalt Spaniens, war während der gesamten Veranstaltung präsent. Die Eröffnung am Samstag durch Santiago Abascal wurde von einer Gruppe junger Leute eingeleitet, die die Fahnen der einzelnen Provinzen schwenkten und auf der Bühne ablegten. Jede Provinz wurde erwähnt, wobei eines der wichtigsten Ereignisse in ihrer Geschichte oder einer ihrer berühmtesten Söhne hervorgehoben wurde. Vor seiner Rede wurde Santiago Abascal mit einem Ehrengruß begrüßt, was die baskische Unternehmerpartei und ihre fehlgeleiteten Söhne sicher nicht gerne gesehen haben.



Giorgia Meloni spricht auf der Viva21 - Bildquelle: El Correo de España Auf Abascals Rede folgten regionale Tänze wie die Jota oder die Sardana, Dudelsackklänge und sogar ein Feuerlauf, etwas, das ich und viele, viele der Anwesenden noch nie gesehen hatten. Es ist von grundlegender Bedeutung, dass alle diese spanischen Traditionen nacheinander als Teil eines Ganzen dargestellt wurden und nicht als etwas, das dazu dient, uns zu spalten. Die Opferrolle der Separatisten hat das übrige Spanien immer als eine einheitliche Kultur dargestellt, die versucht, die unterschiedlichen Traditionen der einzelnen Regionen zu verdrängen – ein falscher Diskurs, der von den verschiedenen Regierungen, die die Moncloa besetzt haben, nicht bekämpft wurde. Dieses Desinteresse hat dazu geführt, dass diese Lüge, die sich sehr gut mit der Schwarzen Legende deckt, innerhalb und außerhalb unserer Grenzen geglaubt wird. Diese Tänze und Traditionen als das zu präsentieren, was sie sind, nämlich der Reichtum und die Vielfalt unserer Heimat, die allen Spaniern durch die separatistische Lüge und die Passivität unserer Regierenden genommen wurde, ist ein weiterer großer Erfolg der von VOX organisierten Veranstaltung.

Neben traditioneller Musik wurden auch „modernere“ Musikrichtungen präsentiert. José Luis Campuzano „Sherpa“, eine Legende unseres nationalen Rocks, dankte den Musikern, die ihn auf der Bühne begleiteten, für ihren Mut, da es Mut erfordert, gegen den Strom der politischen Korrektheit zu schwimmen und weil es nicht umsonst ist, seine Ideen zu äußern, wenn sie den Machhabern nicht gefallen. Es ist merkwürdig, dass die so genannte „Alternativkultur“ oder „Gegenkultur“ die gleichen Prinzipien wie die großen Oligarchen teilt und jede gegenteilige Meinung mit der Androhung der sozialen Kündigung verfolgt. Es gab auch „Rap“-Auftritte mit Texten gegen den Globalismus, die 2030-Agenda oder sogar mit gewagten Schmeicheleien für Frauen. Es melden sich immer mehr Menschen zu Wort, und zwar aus ganz unterschiedlichen Bereichen.

Aber es gibt noch einen anderen Grund, warum diese Veranstaltung viel mehr war als ein einfacher politischer Akt, der nichts mit dem Wanderzirkus zu tun hat, wie ihn etwa der Partido Popular (PP, „Volkspartei“) veranstaltet. Ein echter Langweiler und ein Fluch für ihre ausländischen Gäste, denn nach der Verurteilung Sarkozys einen Tag nach seinem Lob auf der PP-Kundgebung war der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz erst gestern zum Rücktritt gezwungen. Es ist schade, dass sie Pedro Sánchez nicht eingeladen haben, schließlich haben sie die gleiche Agenda.

Was ich bei den Tausenden von Menschen gesehen habe, die in den letzten zwei Tagen zur IFEMA gekommen sind, ist Hoffnung. Es gibt immer mehr Menschen, die etwas verändern wollen, die nicht bereit sind, eine Agenda zu akzeptieren, die uns unserer Freiheit beraubt, die uns vorschreibt, wie wir zu leben, zu essen, zu denken oder mit anderen umzugehen haben. Man hat uns tausendmal gesagt, dass dies der einzige Weg sei, dass man nichts tun könne, aber das ist nicht wahr. Es ist möglich, gegen diesen Wahnsinn anzukämpfen, und es gibt Länder, die als Vorbild dienen können, in denen die Regierungen nicht gegen ihre eigenen Bürger vorgehen, in denen sie die Familie und die Nation verteidigen und für eine Zukunft arbeiten, anstatt sich der Kultur des Todes durch Abtreibung und Euthanasie hinzugeben. Die Tausenden von Spaniern, die applaudierten und ihre Fahnen schwenkten, und die stellvertretend für viele, viele andere stehen, sind voller Stolz und Hoffnung nach Hause zurückgekehrt. Und Hoffnung ist das, was Tyrannen am meisten fürchten.



Álvaro Peñas

Als leidenschaftlicher Geschichtsinteressierter und unermüdlicher Reisender kennt er die Länder des Ostens, die er häufig bereist, und deren politische Situation dank seiner Freundschaften mit Journalisten und Politikern der patriotischen Parteien in vielen dieser Länder er sehr gut kennt.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) Polonia Castellanos: „Die spanische Regierung arbeitet aktiv an der Verfolgung von Christen mit“

Von Javier Navascués

27. 09. 2021



Wir haben erneut Kontakt mit **Polonia Castellanos**, der Vorsitzenden der Organisation „Christliche Anwälte“, aufgenommen, die uns über die neuesten Entwicklungen dieser Organisation informiert, die sich in den letzten Jahren mutig und wirksam für die Rechte der Christen eingesetzt hat. Der Preis dafür ist Verfolgung, aber sie bleiben standhaft und überzeugt in ihrem Tun und lassen sich nicht entmutigen.

Die Arbeit der Christlichen Anwälte hört nicht auf, und dies umso mehr in einer Zeit, in der die Christenverfolgung in Spanien zunimmt. Kann dies auf die Unterlassung, wenn nicht gar auf die Kollaboration, der Regierung zurückzuführen sein?

Die spanische Regierung unterlässt es nicht, sondern arbeitet aktiv an der Verfolgung von Christen mit. Viele Menschen mögen es nicht erkennen, weil es sich (noch) nicht um eine blutige Verfolgung handelt, aber es ist eine unerbittliche Verfolgung, die von Tag zu Tag zunimmt, und wir müssen ihr Einhalt gebieten, oder wenn wir es erkennen wollen, wird es bereits zu spät sein.

Einer der Fälle, die kürzlich angeprangert wurden, ist der Abriss einer kleinen Einsiedelei in Valencia durch Compromís. Außerdem wurde damit dem Märtyrertod und der Enthauptung eines Priesters gedacht.

Das heißt, ein Priester, dem der Kopf abgeschlagen wurde, nur weil er katholisch war, mit dem sie Fußball gespielt und ihn dann im Mist vergraben haben, und jetzt wollen sie die Geschichte auslöschen, weil die Henker sich als Opfer ausgeben wollen.

Sie gehen auch energisch gegen das blasphemische Cover der Sängerin Zahara vor.

Es ist merkwürdig, dass Katholiken ungestraft angegriffen werden können, während einige Gruppen übermäßig geschützt werden, selbst wenn ihre „Angriffe“ Lügen sind.

Wenn dieses Mädchen eine „Hure“ ist oder sich so nennen will, dann soll sie das tun, aber warum muss sie sich wie eine Jungfrau kleiden? Solche grundlosen Angriffe werden nicht auf andere Gruppen gerichtet....

Dieses arme Mädchen hat nicht die geringste Begabung und will berühmt werden, indem sie Christen angreift, weil es sehr gut möglich ist, dass sie keine Konsequenzen zu befürchten hat, das kann nicht sein und die Katholiken sollten das nicht tolerieren, das Gesetz ist für alle gleich, und wenn die Christen ungeschützt bleiben, wird die Zeit kommen, in der wir uns „selbst schützen“ müssen, und auch das ist gefährlich.

Sie prangern auch weiterhin die Ernennung von Dolores Delgado zur Generalstaatsanwältin an, die eindeutig illegal ist, da sie politisch mit der sozialistischen Partei (PSOE) verbunden ist.

Meiner Meinung nach verliert Spanien immer mehr an Demokratie, wenn der Generalstaatsanwalt ein ehemaliger Minister ist, wenn die Regierung die Justiz übernehmen will, dann ist klar, dass die Regierung versucht, die gesamte Macht zu monopolisieren, die Exekutive, die Legislative und die Judikative, und das ist der Rahmen für die Errichtung einer Diktatur.

Der Fall von Frau Delgado ist ein sehr schwerwiegender Rechtsbruch, und es ist klar, dass die Regierung das Recht brechen kann, ohne dass dies Konsequenzen hat.

Warum ist es wichtig, sich gegen diese Schandtaten zu wehren?

Wenn wir heute da sind, wo wir sind, dann gerade deshalb, weil wir geschwiegen haben, weil wir uns haben angreifen, beleidigen, verunglimpfen und für alles verantwortlich machen lassen (es gibt viele Ähnlichkeiten zwischen Nero und dem heutigen Präsidenten).

Und in der Tat halten wir Christen die andere Wange hin, aber das heißt für mich nicht, dass wir dumm sind und uns schlagen lassen, sondern unsere andere Wange heißt nicht, dass wir aufgeben, sondern dass wir verlangen, dass sie uns nicht angreifen, dass sie unsere Symbole nicht im Stil der Taliban zerstören, ... und wenn sie es doch tun, dass das Gesetz eingehalten wird, so wie es auch wäre, wenn andere beleidigt oder angegriffen werden. Wir tun es mit dem Gesetz in der Hand.

Werden Sie weiterhin unter Druck gesetzt und bedroht?

Jeden Tag hat man mir mit dem Tod gedroht, aber die Richterin (eine Frau) hat es aufgeschoben. Ich nehme an, wenn ich nicht katholisch und heterosexuell gewesen wäre, hätte man die verantwortliche Person verurteilt. Wir sind auch mehrmals angegriffen worden, aber wenn wir Christus nachfolgen, müssen wir wissen, was auf uns zukommt, und ich gestehe, dass wir ungeheuer stolz sind, denn wenn wir von einigen Leuten beleidigt und verfolgt werden, bedeutet das, dass es uns gut geht, sonst würde ich mir Sorgen machen.

Welche anderen Fronten haben Sie noch offen?

Hunderte von ihnen, wir sind sehr hartnäckige Kämpfer und geben nicht auf, weil wir überzeugt sind, dass sich am Ende die Wahrheit durchsetzt und die Wahrheit uns frei macht. Und jeder, der das Leben (von der Empfängnis bis zu seinem natürlichen Ende), die Religionsfreiheit und die Familie angreift, weiß, dass er es mit uns zu tun bekommen wird, und wir sind sehr hartnäckig.

Wie kann man mit Ihnen zusammenarbeiten?

In vielerlei Hinsicht ist das Gebet von grundlegender Bedeutung. Aber auch finanzielle Hilfe wird benötigt, denn wir erhalten keinerlei Beihilfen oder Subventionen, so dass wir völlig unabhängig sein können. Bitte teilen Sie uns auch Fälle mit, in denen man ein Kreuz zerstören will oder wo es Unregelmäßigkeiten des Verbrechens der Abtreibung gibt...

Jede Hilfe ist willkommen, erst recht in diesen unruhigen Zeiten.

Wir alle haben ein Kind oder ein Enkelkind, das man in der Schule indoktrinieren will, oder eine Nichte, die man zur Abtreibung zwingen will, oder einen Elternteil oder einen Großelternteil, den man durch Euthanasie liquidieren will, um bei der Rente zu sparen... Die Christlichen Anwälte werden Ihnen immer zur Verfügung stehen, denn wie der heilige Augustinus sagte, müssen wir beten, als ob alles von Gott abhinge, und kämpfen, als ob alles von uns abhinge.



Javier Navascués

Stellvertretender Direktor von El Correo de España. Radio- und Fernsehmoderatorin, Sprecher und Drehbuchautor. Derzeit hat er einen Blog im renommierten Portal InfoCatólica und nimmt gelegentlich an den Sendungen Somatemps, Ahora Información, Español Digital und Radio Reconquista in Dallas, Texas, teil. Er arbeitet mit der Internationalen Vereinigung Johannes Paul II. zusammen.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER